

Nokia oder Das Scheitern der Subventionitis

Von Heinz-J. Bontrup

Was für ein Aufschrei: Über Wochen und über alle Parteigrenzen hinweg erregte der Fall Nokia die Gemüter. Minister verschrotteten publikumswirksam ihre Nokia-Handys – natürlich ohne Erfolg. Tatsächlich werden rund 4000 Arbeitsplätze (direkt und indirekt bei Zulieferern) verloren gehen, weil Nokia seine Handy-Produktion in Bochum einstellt. Diese sei, wie die Konzernführung mitteilt, vor dem Hintergrund weltweit erzielbarer Preise nicht mehr profitabel – jedenfalls nicht mehr maximal profitabel. Wenn auch in Bochum tiefschwarze Zahlen geschrieben werden, so kann offensichtlich an anderen Standorten in der Europäischen Union eine größere, eben eine maximale, Profitrate, also mehr Gewinn aufs eingesetzte Eigenkapital, erzielt werden.

Doch ist ein derart kapitalistisches Denken verwerflich und neu, wie man angesichts des kollektiven Protests meinen konnte? Keineswegs. Deshalb ist auch die von der Politik erhobene Anklage gegen einen sich lediglich kapitalistisch „korrekt“ verhaltenden Konzern heuchlerisch.

Das Streben nach maximalem Profit

Und dies gleich aus mehreren Gründen. Erstens streben Unternehmer in einer von der Politik gewollten marktwirtschaftlich- kapitalistischen Ordnung immer nach maximalen Profiten. Davor warnte schon der große schottische Nationalökonom Adam Smith: „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zur Zerstreuung, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet oder irgendein Plan ausgeheckt wird, wie man die Preise erhöhen kann.“¹ Jeder Unternehmer träumt davon, einmal Monopolist zu sein. Fusionen, Kartelle und auch staatliche Subventionen sind aber Instrumente, derer man sich bis heute bedient.

Die Politik – und hier beginnt das eigentliche Problem – schaut zu und macht sogar mit. Denn eins ist klar: Subventionen verfälschen den Wettbewerb. Sie verschaffen dem Subventionsempfänger Vorteile gegenüber Konkurrenten, die diese Subventionen nicht erhalten und deshalb womöglich aus dem Markt gedrängt werden.

Zweitens verhält sich die Politik auch deshalb heuchlerisch, weil sie mit dem von ihr eingeführten und hofierten Neoliberalismus, der auf einem geradezu wahnhaften Glauben an die freien (liberalisierten und globalisierten) Märkte basiert („Alle Macht den Märkten – überall!“), selbst die Voraussetzungen für das kapitalistische Verhalten von Nokia massiv angestachelt hat. „Die EU hat mit massiver Unterstützung der deutschen Regierung einen grenzenlosen Binnenmarkt geschaffen. Da die unbehinderte, grenzüberschreitende Liberalisierung der Standortwahl im Rahmen des EU-Binnenmarktes gewollt ist, muss man sich nicht wundern, wenn Konzerne an den Standort wandern, der für die kommenden Jahre hohe Renditen abwirft“, stellt Rudolf Hickel zu Recht fest.²

Öffentliche Kapitalbeteiligungen statt Subventionen

Soll der Fall Nokia der letzte Fall dieser Art gewesen sein, ist ein radikales politisches Umdenken erforderlich, insbesondere auf der EU-Ebene – gegen die „Verklavung durch den Markt“ (Karl Polanyi). Notwendig ist hierfür eine abgestimmte Fiskal- und Geldpolitik sowie eine Harmonisierung der Steuerpolitik.

Daneben muss endlich die auf europäischer Ebene vorhandene Marktmacht privatwirtschaftlicher Unternehmen zurückgedrängt werden. Dass bis heute kein Europäisches Kartellamt eingerichtet wurde, ist ein Skandal. Unternehmerische Marktmacht beutet nicht nur in der Wirtschaft Konsumentinnen und Konsumenten und damit auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus, sondern durch Marktmacht beuten Unternehmen sich auch gegenseitig aus, wie Kunden-Lieferanten-Beziehungen im Unternehmenssektor vielfach zeigen. Und Marktmacht gefährdet durch einen gesellschaftlich zerstörerisch wirkenden Wirtschaftslobbyismus ständig das Primat der Politik.

Entscheidend für die notwendigen Veränderungen ist außerdem die rechtliche Gleichstellung von Arbeit und Kapital. Es muss endlich in der Wirtschaft zu einer wirklichen paritätischen Mitbestimmung kommen.³

Wie wichtig dies ist, hat noch einmal der Fall Nokia mehr als deutlich gemacht. Mit Mitbestimmung gäbe es diesen Fall nämlich überhaupt nicht. Betriebsräte haben eben bis heute keine zum Kapital gleichberechtigte wirtschaftliche Mitsprache. Obwohl ein Unternehmen erst durch die Beschäftigten zu einem Unternehmen wird – sonst wäre es allenfalls eine Ausstellung oder ein Museum – und die Beschäftigten diejenigen sind, die in den Unternehmen die Neuwerte schaffen, werden sie von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die Betriebsräte und die Beschäftigten erhalten nicht einmal ausreichende Informationen über „ihr“ Unternehmen. Sie wissen nicht, wie es wirtschaftlich um „ihr“ Unternehmen steht. Genaue Gewinnzahlen sowie andere wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern oder gar strategische Plandaten sind den arbeitenden Menschen in den Unternehmen, bis auf eine kleine Führungsschicht, nicht bekannt.

Speziell bei der zukünftigen Subventionspolitik ist darüber hinaus zu beachten, dass es nicht darum geht, Subventionen generell zu verteufeln. Die staatlich mitfinanzierte Theaterkarte zum Beispiel macht gesellschaftlich Sinn. Und auch unternehmerische Anschubfinanzierungen können positive gesamtwirtschaftliche Impulse setzen.

Was aber überhaupt keinen Sinn macht, ist, privatwirtschaftlichen Unternehmen wie Nokia, die förmlich im Gewinn schwimmen (2007 rund sieben Mrd. Euro Profit), aus knappen Steuergeldern und vor dem Hintergrund einer hohen Staatsverschuldung noch zusätzlich Profit zu schenken bzw. hinterher zu werfen. Subventionen wie im Fall Nokia sind deshalb nicht zu rechtfertigen. Standortbezogene Scheinargumente, diese Subventionen würden Arbeitsplätze schaffen oder erhalten, greifen hier viel zu kurz. Es geht den Unternehmen nicht um Arbeitsplätze, sondern eben um maximalen Profit. Diesen erzielt Nokia aber ohnehin, auch ohne deutsche Standortsubventionierung.

Was sollte dann, so muss sich die Politik fragen lassen, hier bitteschön außer Profit subventioniert werden? Niedrigere Preise oder eine Absenkung der Stückkosten zur Aufrechterhaltung einer Wettbewerbsfähigkeit doch sicher nicht. Oder wollte man den Wettbewerb verfälschen? Dies doch wohl ebenfalls nicht. Hat sich die Politik vor der Vergabe der 88 Mio. Euro Subventionen denn nicht die Bücher, sprich Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen, zeigen lassen? Man hätte dann sofort erkennen kön-

nen, dass Nokia überhaupt keine Subventionen zur Aufrechterhaltung einer Handy-Produktion benötigt, auch nicht am Standort Bochum. Trotzdem hat die Politik diese Subventionen aber gewährt. Dies ist mindestens ein Fall für die Rechnungshöfe.

Grundsätzlich müssen wir in Sachen Subventionen in der EU umdenken. Sollten nach eingehender Prüfung zukünftig noch knappe staatliche Steuergelder von den einzelnen EU-Staaten an privatwirtschaftliche – auf Profit bedachte – Unternehmen fließen, so kann dies nicht mehr in Form von Subventionen erfolgen, die quasi ohne eine unternehmerische Gegenleistung gegeben werden. Um Wettbewerbsverzerrungen durch Subventionen zu vermeiden, kann sich aber der Staat mit einer Eigenkapitalbeteiligung in Unternehmen einbringen. Wünschen dies Unternehmen, weil sie an einem Kapitalmangel leiden – entweder an zu geringen Eigenmitteln oder weil Banken eine Kreditierung verweigern –, so impliziert ein solches staatliches Beteiligungsmodell auch eine Mitsprache am Unternehmen und seiner Geschäftspolitik, selbstverständlich einschließlich einer Haftung mit dem eingebrachten Kapitalanteil. Gewinne und Verluste werden entsprechend zwischen Kapital und öffentlicher Hand verteilt. Bei Kapitalgesellschaften ist die Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen mit öffentlichen Geldern zusätzlich mit einem Sitz auf der Kapitalbank im Aufsichtsrat zu versehen. Aber auch bei Personengesellschaften und Einzelunternehmen müssen öffentliche Interessen durch eine solche Kapitalbeteiligung mit am Entscheidungstisch sitzen. Nur so ist eine effektive Kontrolle über die Verwendung gegebener Steuergelder möglich.

Wäre ein solches Modell bereits im Fall Nokia verpflichtend gewesen, so hätte der Konzern wahrscheinlich erst gar nicht nach Subventionen bzw. nach einer Kapitalbeteiligung durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen und den Bund nachgefragt. Nokia leidet nämlich nicht unter Kapitalmangel. Und würde ein solches Modell in allen EU-Ländern zukünftig zur Anwendung kommen, so hätten Großkonzerne wie Nokia auch gar keine Chance mehr, die bundesdeutschen Steuerzahler um Subventionen zu erleichtern.

Jetzt hat hingegen nur einer einen Vorteil: nämlich die Gruppe der privaten Gesellschafter von Nokia. Gewinne wurden privatisiert und alle Lasten vergesellschaftet. Es ist daher höchste Zeit, dass die herrschende Politik damit in der gesamten Europäischen Union Schluss macht.

1 Adam Smith, *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, London 1776; Deutsch: *Der Wohlstand der Nationen*, München 1974, S. 112.

2 Rudolf Hickel, *Wanderkonzern Nokia*, in: <http://hintergrund.de>.

3 Vgl. Heinz Bontrup und Julia Müller (Hg.), *Wirtschaftsdemokratie*, Hamburg 2006.